



## Fördern oder fordern



*Der Bericht aus Berlin*  
von **Volker Heck**

### **Die neue GroKo hat sich im Koalitionsvertrag weitreichende Aufgaben und Ausgaben für die Legislaturperiode vorgenommen.**

Die Commerzbank schätzt, dass deren Finanzierung knapp 70 Milliarden Euro für die kommenden vier Jahre kosten wird und damit weit oberhalb dessen liegt, was nach heutigem Stand als haushaltärischer Spielraum zur Verfügung steht. Die der Bundesrepublik aus europäischen Ländern mitunter vorgeworfene „Austerität“ kann das jedenfalls nicht sein. Hinzu kommen weitere Initiativen aus den einzelnen Ministerien, die sich auf den Koalitionsvertrag berufen und erkennbar noch zusätzliche Mittel wünschen.

So schlägt beispielhaft die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze ein detailliertes Forschungsförderungsprogramm vor, um der Industrie beim Klimaschutz zu helfen. Es fußt auf Beratungen mit verschiedenen Industriezweigen aus dem vergangenen Jahr. Konkret wird die „Dringlichkeit zur Umsetzung“ mit den „langen Investitionszyklen“ begründet, die ein rechtzeitiges Umsteuern bereits heute gerade in den energieintensiven Industriebranchen erfordert. Angesichts voller Staatskassen dominiert das Fördern, das bekannte „Fordern“ aus früheren Klimaschutzprogrammen tritt zurück.

Dieses Vorgehen signalisiert ein neues Denken der Berliner Politik in Zeiten niedriger Zinsen und sprudelnder Steuereinnahmen: Konflikte zunächst von Kommissionen bearbeiten lassen (eine aktuelle Übersicht des Kanzleramts listet auf drei Seiten 20 Kommissionen auf) und mit Geld zu einem guten Ende bringen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Diskussionslage ändert, wenn die Zuwachsraten des Bruttonozialprodukts schmaler ausfallen. ◀

---

**Volker Heck** ist Managing Partner bei Deekeling Arndt Advisors. Davor war er Kommunikationschef von RWE.